Die Vereinten Nationen auf Erfolgskurs

Eine Momentaufnahme, vielleicht mehr

PIERRE SIMONITSCH

NOBEL-EHREN

Das Nobelpreiskomitee in Oslo hat dieses Jahr Vorschußlorbeeren vergeben. Seinen begehrten Friedenspreis erhielten die friedenssichernden Truppen der Vereinten Nationen, welche laut Begründung »unter extrem schwierigen Verhältnissen konfliktdämpfend gewirkt« hätten, »wenn ein Waffenstillstand eintrat, ohne daß ein Friedensabkommen erreicht wurde«. Eigentlich gilt der diesjährige Friedensnobelpreis UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar für dessen Bemühungen an der Verhandlungsfront, doch stand sein Name am Stichtag noch nicht auf der Kandidatenliste. Pérez de Cuéllar wird aber am 10. Dezember den mit umgerechnet 709 000 DM dotierten Preis in Empfang nehmen, der nach den Worten des Vorsitzenden des Nobelkomitees, Egil Aarvik, »das Prestige und die Kraft der Vereinten Nationen stärken soll«.

Die politische Rolle der Vereinten Nationen hat in jüngster Zeit eine unerwartete Aufwertung erhalten. Nach einer langjährigen Vorliebe der maßgeblichen Regierungen für bilaterale Verhandlungen schwingt das Pendel jetzt wieder zum Multilateralismus zurück. Insbesondere die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats erinnerten sich des Instrumentariums der Vereinten Nationen. Ausschlaggebend war wohl das Umdenken in der Sowjetunion unter ihrer neuen Führung. US-Präsident Ronald Reagan hatte bereits 1985 in seiner Rede vor der 40. Generalversammlung der Weltorganisation den Akzent auf die Beilegung der regionalen Konflikte gesetzt. Michail Gorbatschow fing den Ball auf. Zuerst nur als ›Meinungsaustausch‹ zwischen amerikanischen und sowjetischen Experten, später auf allen diplomatischen und politischen Ebenen wurden die Dossiers der regionalen Konflikte studiert. Formelle Verhandlungen zwischen Moskau und Washington wären jedoch dem Eingeständnis gleichgekommen, daß die beiden Supermächte in den meisten regionalen Konflikten die Fäden ziehen. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion bevorzugen daher eine diskrete Zusammenarbeit hinter den Kulissen und überlassen die Bühne den Akteuren der Vereinten Nationen.

Pérez de Cuéllar wußte die Gunst der Stunde zu nutzen. Geduldig, aber mit Beharrlichkeit ließ er Kompromißformeln ausarbeiten, unterbreitete den Konfliktparteien Friedenspläne, trug den Reaktionen durch Adjustierungen Rechnung, warb um den Beistand einflußreicher Drittstaaten, suchte geeignete Verhandlungsmethoden. Sein erster Erfolg war der Abschluß der Afghanistan-Verträge im April in Genf nach schwierigen indirekten Verhandlungen zwischen den Außenministern Pakistans und der Regierung in Kabul unter Vermittlung der UN.

Am 24. August trafen die Führer der beiden verfeindeten Volksgruppen auf Zypern, George Wassiliou und Rauf Denktasch, mit dem Generalsekretär in Genf zu einem Mittagessen zusammen. Bei gefüllten Seezungenfilets und Kalbsmignons mit Morcheln kamen die Inselgriechen und -türken überein, am 15. September in der geteilten Hauptstadt Nikosia ihre Gespräche wieder aufzunehmen und bis Juni 1989 eine Verhandlungslösung über alle Aspekte der Zypernfrage fertigzustellen. Die Verhandlungen begannen programmgemäß im Hotel ›Ledra Palace‹ an der seit 1974 bestehenden Demarkationslinie.

Am 25. August saßen sich erstmals seit Beginn des Golfkriegs im Ratssaal des Genfer Völkerbundpalastes die Außenminister Iraks und Irans gegenüber. Ein volles Jahr lang hatte sich Iran geweigert, der Aufforderung des Sicherheitsrats zu einem Waffenstillstand Folge zu leisten. Erst als sich das Kriegsglück zugunsten Iraks wendete und sich innerhalb des Regimes in Teheran Auflösungserscheinungen zeigten, ergriff Ayatollah Khomeini den Rettungsring der Weltorganisation.

Am 30. August überreichten der marokkanische Außenminister Abdelatif Filali und der Beauftragte für auswärtige Beziehungen der Sahraui-Befreiungsfront POLISARIO, Bechir Mustapha, dem UN-Generalsekretär ihre Antworten auf einen Friedensvorschlag der Vereinten Nationen für die Westsahara. Ziel dieses Plans ist die Abhaltung einer Volksabstimmung unter den rechtmäßigen Bewohnern der ehemaligen spanischen Kolonie über den Anschluß an Marokko oder die Unabhängigkeit. Beide Seiten stimmten der vorgeschlagenen Paketlösung grundsätzlich zu, machten aber »Bemerkungen und Kommentare« (so UN-Sprecher François Giuliani) geltend.

Bei zwei anderen Friedensverhandlungen sind die Vereinten Nationen vorläufig nur Zaungast. Die Gespräche zwischen Südafrika, Angola und Kuba über eine Lösung der zusammenhängenden Konflikte im südwestlichen Afrika werden mit stillschweigender Billigung Moskaus von den Vereinigten Staaten geleitet. Bei den Vorgeplänkeln um eine Lösung der Kamputscheafrage ist ein Friedensplan des UN-Generalsekretärs nur einer von vielen. Die erste Zusammenkunft der Konfliktparteien unter der Ägide des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) in Jakarta endete in totaler Konfusion.

In keinem der regionalen Konflikte ist eine dauerhafte politische Regelung absehbar, doch der schwierige Anfang ist gemacht. Die Zeichen stehen auf Verständigung, seit die Supermächte den Willen bekunden, den verschiedenen Brandherden keine neue Nahrung zuzuführen. Alle Beobachter stellen sich die Frage, warum dieser Stimmungsumschwung gerade jetzt eintritt. Eine gültige Antwort werden dereinst die Historiker geben können, doch einer der Gründe ist gewiß, daß der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln weitgehend ausgedient hat. Die Lehren eines Clausewitz sind unter den heutigen Gegebenheiten nicht mehr anwendbar. Kriege sind ungewinnbar geworden.

Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt würde infolge des verfügbaren nuklearen und konventionellen Rüstungspotentials zum kollektiven Selbstmord führen, abgesehen von der Nichtigkeit des Anlasses. Angesichts drohender Katastrophen globalen Ausmaßes durch die Umweltverschmutzung, den Treibhauseffekt der Erdatmosphäre, die Löcher in der Ozonschicht, das Vordringen der Wüsten, die weltwirtschaftlichen Fehlentwicklungen und ande-

---

Autoren dieser Ausgabe

Dr. Hans Arnold, geb. 1923, gehörte 1951—1986 dem Auswärtigen Dienst der Bundesrepublik Deutschland an, zuletzt als Ständiger Vertreter bei dem Büro der Vereinten Nationen und den anderen internationalen Organisationen in Genf.

Dr. Wilhelm Bruns, geb. 1943, ist Abteilungsleiter (Außenpolitik und DDR-Forschung) in der Friedrich-Ebert-Stiftung und Lehrbeauftragter an der Universität Bonn. Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Ost-West-Beziehungen.

Dr. Jens Naumann, geb. 1943, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. Mitherausgeber einer umfangreichen internationalen Bibliographie der Literatur über die Vereinten Nationen.

Pierre Simonitsch, geb. 1937, ist Genfer UN-Korrespondent und Reporter der ›Frankfurter Rundschau‹ sowie des Züricher ›Tages-Anzeigers‹; war vier Jahre lang Präsident der Vereinigung der UN-Korrespondenten in Genf.

re zivilisationsbedingte Probleme sind die Gegensätze zwischen liberalen und kommunistischen Lehrmeinungen in den Hintergrund getreten.
Auch Stellvertreterkriege, regionale und interne Konflikte lassen sich kaum mehr mit Waffengewalt entscheiden, weil jede Partei von ihren Verbündeten die erforderlichen Mittel erhält, den Gegner in Schach zu halten. Das Musterbeispiel ist der Golfkrieg. Etwa 35 Staaten belieferten die kriegführenden Parteien, oft beide gleichzeitig, mit zunehmend modernerem Kriegsgerät, dessen Dosierung ein ständiges Gleichgewicht im längsten internationalen Krieg dieses Jahrhunderts gewährleistete. Das fortdauernde Blutvergießen wurde von nahezu der gesamten Welt als kleineres Übel betrachtet als ein Sieg Irans oder Iraks.

GLEICHGEWICHTSLAGEN

Ein Rückblick auf die etwa 160 bewaffneten Konflikte, die seit Ende des Zweiten Weltkriegs gezählt wurden, ist lehrreich. Nur die wenigsten davon kannten einen eindeutigen Gewinner. Am erfolgreichsten waren noch die nationalen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt, die den Abzug der Kolonialmächte beschleunigten. Zwischenstaatliche Waffengänge hingegen endeten mit wenigen Ausnahmen in einer Patt-Situation. Lediglich die anachronistische Seeschlacht zwischen Großbritannien und Argentinien um die Falklandinseln — nach lateinamerikanischer Lesart die Malwinen — brachte 1982 eine klare Entscheidung. Israel haben seine militärischen Erfolge ein Glacis beschert, aber keinen Frieden. Die schon fast ein Jahr unvermindert andauernden Unruhen in den 1967 besetzten Gebieten rufen diese Tatsache in Erinnerung. Um einen Modus vivendi mit Ägypten zu finden, mußte Israel im Abkommen von Camp David die ganze Sinai-Halbinsel zurückgeben.
Der erste moderne Krieg, dessen Ende nach hohen Verlusten genau die Ausgangslage wiederherstellte, fand 1950 bis 1953 in Korea statt. Er kann als klassisches Beispiel für eine Eskalation gelten, die abgebrochen werden mußte, weil die drohenden Folgen nicht mehr tragbar waren. Nach dem Vormarsch des kommunistischen Nordkorea, dessen Truppen rasch die südkoreanische Hauptstadt Seoul eroberten, griffen die USA mit 15 Verbündeten unter UN-Flagge ein. Sie drängten die Nordkoreaner bis an die chinesische Grenze zurück, worauf China Kim Il-Sung ›Freiwilligenverbände‹ zu Hilfe schickte. Die vom amerikanischen Oberbefehlshaber Douglas MacArthur verlangte Vollmacht zur Zerstörung der chinesischen Nachschubbasen — eventuell mit Atombomben — wurde von Washington aus Furcht vor der Auslösung eines Dritten Weltkriegs verweigert. Daraufhin fuhren die Kämpfe in einem Stellungskrieg am 38. Breitengrad fest, der Demarkationslinie zwischen den beiden Teilen Koreas. Der Waffenstillstand von Panmunjon besiegelte den unentschiedenen Ausgang des Kräftemessens.
Ein solch krasses Szenario hat sich nicht wiederholt, doch findet man einige Konstanten in späteren Kriegen wieder. In Vietnam wurde die Intervention der Vereinigten Staaten durch die Hilfe der Sowjetunion und Chinas für die Kommunisten aufgewogen. Auf jede Eskalation folgte ein Gegenzug. Das Pariser Abkommen von 1973 zwischen den USA und Nordvietnam gründete auf der Anerkennung der Unmöglichkeit eines militärischen Sieges. Die Zukunft des geteilten Landes sollte unter internationaler Kontrolle von der Bevölkerung bestimmt werden. Daß die Amerikaner trotz des Fortgangs der Kämpfe abzogen und damit die Kapitulation der Republik Südvietnam unausweichlich machten, hängt mit der in den USA eingetretenen Kriegsmüdigkeit zusammen — also mit einem Bruch des Gleichgewichts.
Im Afghanistankonflikt bleibt dieses Gleichgewicht trotz des Teilabzugs der sowjetischen Truppen vorläufig gewahrt. Ein kritischer Punkt wird erreicht, wenn die Sowjetunion den Rückzug ihrer Truppen vertragsgemäß am 15. Februar 1989 vollendet. Aber sowohl die Sowjetunion wie die Vereinigten Staaten beliefern ihre Klienten weiterhin mit Waffen. Am Rande der Genfer Afghanistan-Abkommen hielten die Supermächte an ›symmetrischer‹ Hilfe für die beiden Bürgerkriegsparteien fest. Das voraussichtliche Ergebnis ist ein neuerliches Patt. Die Ankündigung der Mudschahedin, sie würden im Frühsommer die Städte Kandahar und Jalalabad einnehmen, erwies sich als voreilig. Die vorübergehende Besetzung einiger Ortschaften durch die Widerstandsbewegungen erforderte große Opfer unter der Zivilbevölkerung durch Luftwaffeneinsatz von seiten der Regierung und der Sowjets.
Die nach ihren militärischen Erfolgen übermütig gewordenen vietnamesischen Kommunisten machen jetzt die bittere Erfahrung, mit 120 000 Mann in Kamputschea festzustecken. Die vietnamesischen Truppen kontrollieren zwar den Großteil des Landes, sie können aber die von China und Thailand unterstützten Roten Khmer nicht vernichtend schlagen, ohne den Krieg auf thailändisches Gebiet auszuweiten, wo sich die Basen ihrer Gegner befinden. Ein solcher Schritt hätte aber unabsehbare Folgen. Nach neun Jahren muß sich Hanoi nun zu Friedensverhandlungen bequemen — nicht zuletzt deshalb, weil die Sowjetunion den Unterhalt der vietnamesischen Truppen in Kamputschea nicht mehr auf unbegrenzte Zeit finanzieren will. Nach eigenen Angaben verloren die Vietnamesen im Land der Khmer bisher 55 000 Mann, was die amerikanischen Verluste während des Vietnamkriegs übersteigt.
Weitere Beispiele für die Ungewinnbarkeit heutiger Kriege liefern Angola und Äthiopien. In Angola mußte die marxistisch ausgerichtete Regierung trotz der Unterstützung durch schätzungsweise 50 000 kubanische Soldaten gegen die von Südafrika geförderte ›Nationalunion für die vollständige Unabhängigkeit Angolas‹ (UNITA) unter Jonas Savimbi schwere Rückschläge einstecken. Umgekehrt kann Savimbi mit seinen Truppen aber nicht gegen die Hauptstadt Luanda vorrücken und muß sich mit der Kontrolle eines Landesteiles im Süden begnügen.
Im Vielvölkerstaat Äthiopien kämpfen die Befreiungsbewegungen von Eritrea und Tigre seit Jahrzehnten gegen die Zentralregierung. Beide Seiten genießen massive Militärhilfe von außen, doch keine kann einen entscheidenden Durchbruch melden. Die Eritreer erhalten schwere Waffen und Geld unter anderem aus dem Sudan, aus Ägypten und Saudi-Arabien. Das Regime in Addis Abeba wird von der Sowjetunion, Kuba und der DDR unterstützt. Mit einem Unentschieden endete 1980 auch der dreijährige Ogaden-Krieg, bei dem die Äthiopier mit kubanischer Hilfe die eingedrungenen Somalier über die umstrittene Landesgrenze zurückwarfen. Den somalischen Soldaten folgte eine halbe Million Flüchtlinge auf dem Rückzug.

CHARTA-ZIELE

Eigentlich wäre es die verbriefte Aufgabe der Vereinten Nationen, jeder Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen sofort Einhalt zu gebieten. Die am 26. Juni 1945 in San Franzisko unterzeichnete UN-Charta beginnt mit den Worten:
»Wir, die Völker der Vereinten Nationen — fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat . . .«
Dem Sicherheitsrat wurden damals weitgehende Befugnisse erteilt. Er soll Streitfälle schlichten und bei Bedrohungen des Friedens, bei Friedensbrüchen und Angriffshandlungen Maßnahmen ergreifen. Um seinen Beschlüssen Wirksamkeit zu verleihen, kann er von allen UN-Mitgliedern Strafmaßnahmen gegen einen zuwiderhandelnden Staat verlangen. Diese umfassen die vollständige oder teilweise Unterbrechung der wirtschaftlichen Beziehungen, der Eisenbahn-, Schiffs-, Luft-, Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Wenn dies nichts nützt, so kann der Sicherheitsrat mittels Luft-, See- oder Landstreitkräften Operationen durchführen, die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nötig sind.
Das Zerwürfnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und der Ausbruch des ›kalten Krieges‹ ließen jedoch diese Vorkehrungen der UN-Charta rasch in den Hintergrund

treten. Von dem den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats eingeräumten Vetorecht machten zuerst die Sowjets, später die USA reichlich Gebrauch. Die Folge war eine völlige Lähmung dieses Organs der Vereinten Nationen. Aber auch nichtpolitische Überlegungen spielen bis in die Gegenwart eine Rolle. Als sich Iran der Resolution 598 vom 20. Juli 1987, die einen Waffenstillstand gebot, nicht beugen wollte, faßte der Sicherheitsrat ein Waffenembargo ins Auge. Die Vereinigten Staaten waren dafür, die Sowjetunion zögerte. Andere Ratsmitglieder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, setzten sich entschieden gegen jegliche Sanktionen ein. Das Waffenembargo kam nicht zustande, indessen konnten die irakischen Truppen mit neuem Kriegsgerät und verbotenem Giftgas in die Offensive gehen.

Später wurde der Widerstand gegen ein Waffenembargo als ein Sieg der Vernunft gerechtfertigt, der es dem Iran erlaubt habe, ohne Gesichtsverlust dem Waffenstillstand zuzustimmen. In Wirklichkeit steckten dahinter vorwiegend wirtschaftliche Interessen. Trotz seiner kriegsbedingten Schwächung blieb Iran ein begehrter Handelspartner. Die Flugzeuge nach Teheran waren stets auf Monate hinaus ausgebucht. Doch niemand kann ermessen, wie vielen Toten und Krüppeln ihr Schicksal erspart geblieben wäre, wenn man den Mullahs die Aussichtslosigkeit des Krieges ein Jahr früher drastisch vor Augen geführt hätte.

Die Geschichte des Einsatzes militärischer Kräfte durch die Vereinten Nationen ist eine lange Kette von Halberfolgen und Fehlschlägen. Einmal gelang es den Westmächten, dem Veto Moskaus im Sicherheitsrat zu entgehen, indem sie von der vorübergehenden Abwesenheit des Sowjetvertreters profitierten, um die Entsendung von UN-Truppen nach Korea zu beschließen. Das war 1950; der Sitz Chinas wurde damals noch von Taiwan eingenommen. 35 Jahre nach dem Waffenstillstand stehen die in Südkorea stationierten amerikanischen Verbände formal noch immer unter dem Kommando der Vereinten Nationen. Östliche Anträge auf Widerrufung des Beschlusses von 1950 drangen nicht durch. Eine der Folgen ist, daß die beiden koreanischen Staaten nicht Mitglieder der Vereinten Nationen werden können, weil ihre Schutzmächte das Aufnahmeverfahren gegenseitig blockieren.

Unter anderen Umständen entsandte der Sicherheitsrat 1960 Kampftruppen in den gerade unabhängig gewordenen Kongo, um Unruhen einzudämmen und eine Zerstückelung der belgischen Ex-Kolonie zu verhindern. Das Unternehmen ONUC dauerte vier Jahre und zählte zeitweise 20 000 Soldaten sowie beträchtliches Zivilpersonal. Nach etlichen Wirren gelang es, das heutige Zaire zu befrieden, wobei der damalige Generalsekretär Dag Hammarskjöld bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz den Tod fand. Die Sowjetunion, die zuerst für die Entsendung eines internationalen Truppenkontingents gestimmt hatte, kritisierte später den Verlauf der Operation und weigerte sich, zu den finanziellen Kosten beizutragen.

FRIEDENSSICHERUNGS-OPERATIONEN

Andere Missionen führten ›Blauhelme‹ und unbewaffnete Militärbeobachter nach West-Neuguinea (UNSF/UNTEA, 1962/63), um die Überleitung der ehemaligen niederländischen Kolonie in das Staatsgebiet Indonesiens zu überwachen. Die UN-Truppe nahm auch Sicherheitsaufgaben wahr. Später zogen Blauhelme in den von einem Bürgerkrieg und ausländischen Interventionen erschütterte Jemen (UNYOM, 1963/64), in die Dominikanische Republik (DOMREP, 1965/66), nach Zypern (UNFICYP, seit 1964) und immer wieder in den Nahen Osten; abgesehen von den nach den Nahostkriegen geschickten Missionen gab es, 1958, dort noch die angesichts (aus heutiger Sicht vergleichsweise beschaulicher) innerlibanesischer Auseinandersetzungen entsandten Beobachter der UNOGIL. Fast in Vergessenheit geraten ist die Militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan (UNMOGIP), die seit 1949 existiert. Ihre

DIE PERSÖNLICHE MEINUNG

Zur Bewährung verurteilt

Mehrmals hat Entwicklungshilfeminister Klein zustimmend einen afrikanischen Finanzmann zitiert, der — angeekelt — gesagt haben soll, auf die Unterstützung dieser dreckigen Chaoten könne die Dritte Welt verzichten. Aber die Konzentration der öffentlichen Diskussion auf die kleine anarchistische Spitze des Eisbergs der öffentlichen Protest- und Gegenveranstaltungen verkennt die qualitative Reichweite dessen, was in Berlin anläßlich der IMF- und Weltbanktagung geschah.

Es waren eben nicht nur einige hundert Anarchisten, die gegen die »*I*nternational *M*urder *F*oundation« mobil machten und »IWF, Mördertreff« skandierten: Viele Zehntausende schlossen sich dem Protestzug an, Tausende besuchten das Umweltseminar und das Tribunal, Hunderte von Aktivisten aus mehreren Dutzend Organisationen hatten monatelang gearbeitet, eingebettet in ein buntes übernationales Umfeld von Förderern und Interessenten mit christlichen, rötlichen und grünen Präferenzen. Wichtig ist, daß in Berlin geschah, was heutzutage in jeder anderen westlichen Mittel- oder Großstadt passiert wäre: Eine kleine, aber sehr aktive Minderheit von Bürgern außerhalb und innerhalb der alten politischen Strukturen verlangte Rechenschaft von und Mitsprache bei den großen internationalen Bürokratien.

Diese Minderheit gibt es seit gut 15 Jahren in allen westlichen Ländern. Sie ist eine wichtige Konsequenz der international seit Jahrzehnten beobachtbaren Bildungsexpansion. Vor allem in den westlichen Industrieländern haben sich die alten Eliten in Politik und Wirtschaft seit einiger Zeit an die Existenz dieser aufmüpfigen, organisationsfähigen und gut informierten Gruppen und Vereine gewöhnen müssen. In den letzten Jahren erfolgte die organisatorische Konsolidierung dieser neuen politischen Szene und eine immer besser funktionierende internationale Vernetzung, auch mit der Dritten Welt und ansatzweise sogar mit der Zweiten Welt. Berlin symbolisierte, daß die Weltgesellschaft einen wichtigen Institutionalisierungsschritt vorangekommen ist. Obwohl absolut gesehen immer noch sehr klein, hat die Zahl der organisations- und sprachfähigen Weltbürger inzwischen eine qualitative Schwelle überschritten; viele einzelne Menschen betrachten sich als mündige ›Völkerrechtssubjekte‹ und kritisieren aktiv das Verhalten und den Legitimationsanspruch staatlicher und internationaler Bürokratien.

Im Prinzip ist dies alles nicht neu, weil seit der Bevölkerungs- und der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen Anfang der siebziger Jahre kritische Parallelkonferenzen nichtstaatlicher Organisationen immer mehr üblich wurden. Neben Amnesty International als eine der inzwischen ältesten weltgesellschaftlichen Bürgerinitiativen trat ein funktional sehr breites Spektrum neuer Organisationen — unter ihnen viele mit politischem Biß (wie etwa ›Greenpeace‹ und ›Friends of the Earth‹ in der Umweltpolitik). Dies wissen natürlich auch die Weltbank und ihr Präsident Conable (im ›Weltentwicklungsbericht‹ der Bank wurden die Nichtregierungsorganisationen vor drei Jahren noch über den grünen Klee gelobt). Um so unverständlicher und unverzeihlicher war deshalb die Entscheidung von Weltbank und IMF, sich nicht der Anklage des ›Ständigen Tribunals der Völker‹ zu stellen. Die Zusammensetzung der Jury und die Berufung des weltberühmten Währungstheoretikers Professor Robert Triffin als Pflichtverteidiger waren Garantie genug für ein faires Verfahren (Beweis dafür war schließlich auch der Spruch des Gerichts: Schuldig wegen zahlreicher Verstöße gegen die Charta der Vereinten Nationen, Chance zur Bewährung). *Unverständlich* war die Weigerung, weil die Weltbank im Frühjahr der ›tageszeitung‹ gegenüber ihre Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion mit Kritikern erklärt hatte. *Unverzeihlich* war die Absage darum, weil Bank und IMF sich der Chance begaben, selber oder mit Hilfe von Entlastungszeugen aus dem UN-System die teilweise allzu einfache Kritik an die wahren Schuldigen zurückzuverweisen: die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und unter ihnen insbesondere die reichen westlichen Industriestaaten.

Deshalb gebührt dem Exekutivdirektor des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) Dank und Anerkennung dafür, daß er termingerecht zum Beginn der Tagung feststellte, die Schuldenkrise habe in den letzten Jahren mehr als eine Million Kinder getötet. (Warum nur fehlt die Dokumentation dieses Vorwurfs im ›Pressespiegel‹ des Klein-Ministeriums?) Die Lösung muß wohl aber in der vom Tribunal angegebenen Richtung liegen: Erhaltung von Weltbank und IMF bei verstärkter Kontrolle der Auswirkungen ihrer Politik und schnellem Ausbau des bisher vernachlässigten UN-Systems. Aber bis wir dahin kommen, werden wir wohl noch eine, zwei, viele Tagungen brauchen mit Koalitionen zwischen Protestierern und Direktoren des UNICEF ... und des UN-Umweltprogramms ... und der UNESCO ... und — hoffentlich bald auch — der Weltbank und des IMF. *Jens Naumann* □

derzeit 36 Soldaten sollen die Waffenruhe in Jammu und Kaschmir überwachen, konnten aber den indisch-pakistanischen Krieg von 1971 nicht verhindern. Die Feuereinstellung nach einem anderen indisch-pakistanischen Waffengang wurde von einer weiteren Beobachtermission überwacht (UNIPOM, 1965/66). Annähernd eine halbe Million Mann hat bislang an friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Nationen teilgenommen; 733 Todesfälle gab es dabei bis Ende September 1988 zu beklagen.

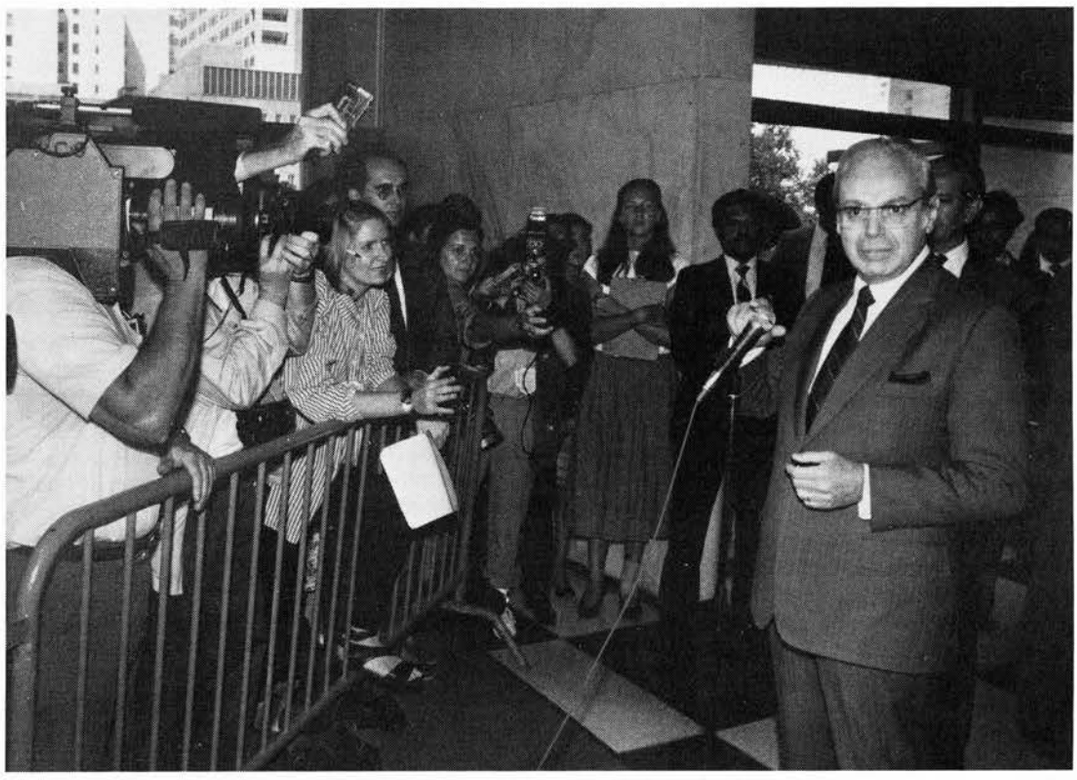
Die erste friedenssichernde Operation der Vereinten Nationen im israelisch-arabischen Konflikt geht bereits auf das Jahr 1948 zurück. Aus den frühen Militärbeobachtern entstand die Organisation zur Überwachung des Waffenstillstands (UNTSO), die noch immer ihren Sitz in Jerusalem hat. Den Umständen der nachfolgenden Kriege von 1956, 1967 und 1973 entsprechend änderten sich die Funktionen der Soldaten in UN-Diensten. Die erste breit angelegte Friedensmission (UNEF) nahm ein schmähliches Ende, als Generalsekretär U Thant 1967 auf Verlangen des ägyptischen Staatspräsidenten Abd el-Nasser die 3 378 Blauhelme aus der Pufferzone entlang der Grenze mit Israel und am Roten Meer zurückzog. Im danach entbrannten Sechs-Tage-Krieg verlor die UNEF 15 Mann, die auf ihre Repatriierung gewartet hatten und im Gazastreifen zwischen die Fronten geraten waren. Zum Verständnis der Entscheidung U Thants muß gesagt werden, daß die Ägypter die UN-Soldaten mit Waffengewalt an der Ausführung ihrer Mission hinderten und Israel die Schaffung einer Pufferzone auf seinem Territorium gar nicht erst erlaubte. Die Zustimmung des ›Gaststaates‹ war und ist aber nun einmal die unabdingbare Voraussetzung für Stationierung und Verbleiben von Blauhelmen.

Die zweite UN-Friedenstruppe für diesen Sektor (UNEF II) wurde nach dem Jom-Kippur-Krieg aufgestellt und füllte eine Pufferzone am Suezkanal und auf dem Sinai aus, bis Israel und Ägypten 1979 Frieden schlossen. Die Stärke der Truppe betrug 1974 fast 7 000 Mann. Zur Entflechtung der israelischen und syrischen Truppen auf den Golanhöhen wurde 1974 ein UN-Kontingent (UNDOF) von höchstens 1 450 Soldaten genehmigt. Diese befinden sich gegenwärtig in einer entmilitarisierten Zone auf syrischem Gebiet, während Israel einen Teil des Golangebiets annektierte.

Von umstrittener Nützlichkeit sind die seit 1978 in Südlibanon stationierten Blauhelme (UNIFIL). Sie erhielten eine Zone zwischen der israelischen Grenze und dem Fluß Litani zugeteilt, in der sie den Rückzug der israelischen Truppen von deren erstem Feldzug in Südlibanon bestätigen und die Wiedererrichtung der libanesischen Autorität gewährleisten sollten. Keine dieser Aufgaben konnte erfüllt werden. 1982 schoben die Israelis bei ihrem Vormarsch bis Beirut die von den Blauhelmen errichteten Sperren einfach beiseite. Heute kontrolliert Israel eine im UNIFIL-Gebiet liegende ›Sicherheitszone‹. Die Blauhelme geraten dabei regelmäßig zwischen zwei Feuer. Sie werden sowohl von den Israelis und der von ihnen ausgerüsteten sogenannten Südlibanesischen Armee wie auch von aus dem Norden einsickernden Freischärlern beschossen. Letztere dürfen von den UN-Soldaten nur entwaffnet, nicht aber festgenommen werden. Am Hauptquartier der UNIFIL in Nakura rasseln mehrmals täglich israelische Panzer vorbei, um zu demonstrieren, wer Herr im Hause ist.

Zweifelhafte Wirksamkeit haben auch die Friedenstruppen der Weltorganisation auf Zypern. 1974 konnten sie nicht die Landung der türkischen Armee verhindern, welche die Insel in zwei Teile trennte. Ich erlebte damals, wie verstörte schwedische Soldaten an einer Straßenkreuzung der Neustadt von Famagusta, die von ihren griechischen Bewohnern fluchtartig verlassen worden war, sinnlos Posten schoben. Seither hat sich die UNFICYP in ein Niemandsland entlang der ›Attila-Linie‹ zurückgezogen, um die Streitkräfte der beiden Konfliktparteien auf Distanz zu halten.

Durch die Afghanistan-Verträge und den Waffenstillstand im Golfkrieg sind den Vereinten Nationen dieses Jahr neue friedensbewahrende Aufgaben erwachsen. UNGOMAP ist die ›Mission der Guten Dienste‹ in Afghanistan und Pakistan. 50 Offiziere, die dem Bestand der UNTSO entnommen wurden, sollen die Einhaltung der Genfer Abkommen überwachen, das heißt den Abzug der sowjetischen Truppen und die Nichteinmischung Pakistans. Bereits nach einem Monat lagen über hundert Klagen wegen angeblicher Vertragsverletzungen vor, denen die Blaumützen nachzugehen hatten. Jetzt droht die Sowjetunion offen, den Abzug ihrer Truppen zu verlangsamen, weil Pakistan den Widerstandsbewegungen weiterhin Waffenhilfe und logistische Unterstützung zukommen lasse. An eine Repatriierung der Flüchtlinge und den Wiederaufbau des Landes — zum Koordi-



Überraschend kam im Juli die Nachricht, daß nunmehr auch Iran die Resolution 598 des Sicherheitsrats vom 20. Juli 1987 (Text: VN 6/1987 S.217; siehe auch den Bericht in VN 6/1987 S.205f.) angenommen hat. Im vergangenen Jahr war dieser Versuch der Friedensstiftung zwischen den beiden verfeindeten Parteien des Golfkriegs vergeblich geblieben; auch die Reisediplomatie von UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar trug zunächst keine Früchte. Am 4. September letzten Jahres hatte der Sicherheitsrat den Generalsekretär mit einer Mission ins Krisengebiet entsandt; unser Bild zeigt ihn wenige Tage darauf vor seiner Abreise nach Teheran und Bagdad im Kreise von Journalisten.

nator der entsprechenden Maßnahmen hat Pérez de Cuéllar den früheren Flüchtlingskommissar Sadruddin Aga Khan bestimmt — ist unter diesen Umständen nicht zu denken.
Zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen Iran und Irak wurde am 9. August die Resolution 619 des Sicherheitsrats gefaßt und auf dieser Grundlage eine Beobachtergruppe von 350 Mann (UNIIMOG) an die Front geschickt. Die Offiziere kommen aus Argentinien, Australien, Bangladesch, Dänemark, Finnland, Ghana, Indonesien, Indien, Irland, Italien, Jugoslawien, Kanada, Kenia, Malaysia, Neuseeland, Nigeria, Norwegen, Österreich, Polen, Sambia, Senegal, Schweden, der Türkei und Ungarn. Ein beredteres Bild der Zusammenarbeit zwischen allen Erdteilen und Gesellschaftsordnungen läßt sich kaum entwerfen. Es ist aber erst ein Anfang. Im Sekretariat der Vereinten Nationen in New York liegen fertige Einsatzpläne für friedenssichernde Operationen in der Westsahara und in Namibia, die wesentlich personalaufwendiger sein werden.
Für die Vorbereitung und Überwachung eines Referendums in der Westsahara, die von der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) bereits als ›Arabische Demokratische Republik Sahara‹ aufgenommen wurde, benötigen die UN eine Gruppe von etwa 2 000 Personen, denen militärische, zivile und Sicherheitsaufgaben obliegen. Wenn die Verhandlungen nach Plan verlaufen, kann die Operation im November beginnen.
Die voraussichtliche Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit erfordert den Einsatz von schätzungsweise 2 500 UN-Delegierten, um eine tatsächliche Beendigung der Vormundschaft Südafrikas, die Abhaltung freier Wahlen und den Aufbau nationaler Strukturen sicherzustellen. Die Rekrutierung von Personal hat bereits begonnen, indem innerhalb des UN-Systems mittels Fragebogen Bewerber gesucht werden, die bereit sind, einen längeren Aufenthalt in einem öden Land unter schwierigen klimatischen Bedingungen auf sich zu nehmen.
Ins Auge gefaßt werden muß auch die Entsendung einer Friedenstruppe nach Kamputschea, die nach dem Abzug der Vietnamesen bis zur Bildung einer aus Wahlen hervorgegangenen repräsentativen Regierung für Sicherheit sorgt. Der Plan des früheren und vielleicht kommenden Staatschefs Norodom Sihanouk sieht eine solche Operation vor, die vor allem eine Garantie gegen eine gewaltsame Machtübernahme der Roten Khmer unseligen Angedenkens bieten soll. Wie realistisch dieser Plan ist, bleibe dahingestellt, doch muß die Weltorganisation sich für alle Eventualitäten wappnen.

NAVIGATIONSMANÖVER

Angesichts der langen Durststrecke, welche die Vereinten Nationen durchwandert haben, läuten diese Entwicklungen eine neue Epoche ein. »Die stattgefundenen Veränderungen erlauben es den Vereinten Nationen heute, zu leben, zu atmen und zu arbeiten wie nie zuvor«, erklärte US-Präsident Reagan vor der laufenden Generalversammlung. Im Jahresbericht von Pérez de Cuéllar an die Staatengemeinschaft heißt es:

»Die Entwicklungen der letzten Monate kamen nicht von ungefähr. Sie sind vielmehr das Ergebnis jahrelanger und in jüngster Zeit noch verstärkter diplomatischer Aktivitäten der Vereinten Nationen. In Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit arbeiteten die Hauptorgane der Vereinten Nationen zunehmend so, wie dies die Charta vorsieht. Selten, wenn überhaupt je, haben Sicherheitsrat und Generalsekretär enger zusammengewirkt als im Berichtszeitraum.«

Die wichtigsten Aufgaben stehen aber noch bevor. Ein Waffenstillstand ist noch kein Friedensvertrag, der Beginn von Verhandlungen keine Vorwegnahme des Ergebnisses. Die Außenminister Irans und Iraks sind noch nicht über die Behandlung der operativen Ziffer 1 der Resolution 598(1987) hinausgelangt, nämlich den Rückzug der Streitkräfte hinter die international anerkannten Grenzen. Irak beansprucht die gesamte Breite des Schatt-el-Arab, während Iran am Vertrag von Algier festhält, der 1975 die Staatsgrenze nach dem Talweg-Prinzip in der Mitte der Schiffahrtsrinne zog. Die Freilassung der über 100 000 Kriegsgefangenen, die laut Punkt 3 der Resolution »nach der Einstellung der aktiven Feindseligkeiten unverzüglich« erfolgen sollte, wurde zurückgestellt.
Bei den Verhandlungen über die Lösung der regionalen Konflikte im südwestlichen Afrika sind sich zwar alle Seiten über die Richtung einig, doch mit der Synchronisierung der einzelnen Schritte hapert es. Die Regierung Angolas braucht die kubanischen Truppen, solange die UNITA Unterstützung von den USA und Südafrika erhält. Washington will aber diese Hilfe nicht einstellen, wenn Moskau weiterhin den Regierungstruppen Waffen liefert. Südafrika wiederum macht die Souveränität Namibias vom Abzug der Kubaner und der Schließung der Basen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in Angola abhängig. Ermutigend ist, daß sich alle Verhandlungspartner auf einen Waffenstillstand einigten und Südafrika seine in Angola eingedrungenen Streitkräfte zurückholte.
Der Bericht von Pérez de Cuéllar zur Lage: »Dank vorsichtiger und geduldiger Navigationsmanöver ist nunmehr hier und da Land in Sicht.«

Vom Nebeneinander zum Miteinander?

Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik 15 Jahre nach dem UN-Beitritt

WILHELM BRUNS

Eineinhalb Jahrzehnte UN-Mitgliedschaft von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik sind Anlaß, eine Zwischenbilanz des Verhaltens beider deutscher Staaten im System der Vereinten Nationen zu ziehen. Der Schwerpunkt der folgenden Analyse liegt bei der DDR. Einmal, weil ihr Verhalten hierzulande weniger bekannt ist, und zum anderen, weil sich im Verhalten der DDR gegenüber dem UN-System Änderungen abzeichnen. Weiter gilt es zu fragen: Gibt es neue Gesichtspunkte in der deutschen Frage? Und schließlich: Welche Möglichkeiten deutsch-deutscher Zusammenarbeit bestehen im Rahmen der Vereinten Nationen?

Als die beiden deutschen Staaten am 18. September 1973 Mitglied der Vereinten Nationen wurden, lag eine Epoche der Konfrontation hinter ihnen. Was vor ihnen lag, das heißt, wie sie sich im UN-System verhalten würden, war damals eine zwar reizvolle, aber noch spekulative Frage. Für beide deutsche Staaten bedeutete die Mitgliedschaft eine neue außenpolitische Dimension, die jedoch unterschiedliche Ausprägungen hatte: Für die DDR war der UN-Beitritt ein Durchbruch bei ihren Bemühungen um weltweite Anerkennung. Insofern markiert der 18. September 1973 das Ende der diplomatischen Blockade der DDR. Für die Bundesrepublik stellte die UN-Mitgliedschaft eher eine Komplettierung dar, denn sie war bereits seit den fünfziger Jahren in allen Sonderorganisationen vertreten und in New York mit einem offiziellen Beobachter präsent. Beide konnten jedoch erst Mitglied der Vereinten Nationen werden, nachdem sie sich zuvor auf den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag geeinigt (und die Vier Mächte in einer Erklärung ihre nach wie vor geltenden Rechte für Deutschland als Ganzes bekräftigt) hatten.[1]

Mitwirkung in den Hauptorganen

Der Sicherheitsrat, das gemäß Artikel 24, Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen mit der »Hauptverantwortung für die